



An den Grossen Rat

21.5281.02

PD/P215281

Basel, 2. Juni 2021

Regierungsratsbeschluss vom 1. Juni 2021

## **Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend «hat die Basler Regierung Kontakt zur Welt-Regierung?»**

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Immer mehr werde ich von Leuten angesprochen, die sprechen von einer Weltregierung und haben grosse Angst. Als Grossrat möchte ich die Frage weitergeben und bitte um eine Antwort.

Sind die globalpolitischen Bestrebungen hin zu einer Weltregierung nur reine Verschwörungstheorie? Individuelle Freiheit und souveräne Nationen sind mit einer EU und einer derart zentralisierten Machtstruktur nicht vereinbar.

Es ist klar, wohin die Reise geht – das erklärte Ziel lautet Weltregierung.

1. Steht die Basler Regierung auch schon in Kontakt mit der Weltregierung?
2. Wie sieht die Basler Regierung die Angst von vielen Baslern, die einfach Angst vor der EU haben?  
Eric Weber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

### **1. Zu den einzelnen Fragen**

1. *Steht die Basler Regierung auch schon in Kontakt mit der Weltregierung?*

Da es keine Weltregierung gibt, kann der Regierungsrat mit einer solchen auch nicht in Kontakt stehen.

2. *Wie sieht die Basler Regierung die Angst von vielen Baslern, die einfach Angst vor der EU haben?*

Der Regierungsrat nimmt Ängste der Bevölkerung vor der EU ernst. Gerade auch deshalb befürwortet er das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU, welches erlaubt, den bisherigen, erfolgreichen bilateralen Weg der Schweiz weiter zu führen. Der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, dass insgesamt ein positives und ausgewogenes Verhandlungsergebnis zum InstA vorliegt, das einen geregelten Rechtsrahmen mit klaren Spielregeln vorgibt. Er hat daher mit Schreiben von Ende März den Bundesrat gebeten, sich zum institutionellen Rahmenabkommen zu bekennen.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin